

## Antworten der FPÖ

### Kindergesundheit

Während die Bevölkerungszahl in Wien steigt, sinkt die Zahl der Kinderarztpraxen mit einem Kassenvertrag. Schon jetzt kommt es zu langen Wartezeiten für einen Termin oder Eltern müssen auf

Wahlärzte mit einer entsprechenden finanziellen Belastung ausweichen.

Wir fordern die Sicherstellung einer Basisversorgung mit ausreichend Kinderarztpraxen mit Kassenvertrag.

**Wie stellen Sie diese Versorgung in den nächsten 5 Jahren sicher?**

*In Wien fehlt es akut an Kinderärzten. Es braucht eine gezielte Ansiedelung und Förderung von niedergelassen Ärzten in den Bezirken. Gleichzeitig braucht es einen Ausbau von Präventivprogrammen insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendmedizin an Schulen. Unter anderen soll das Ziel verfolgt werden, der immer häufiger auftretenden Fettleibigkeit aus Bewegungsmangel und schlechter Ernährung gegenzusteuern und schwerwiegenden Folgen wie Diabetes vorzubeugen.*

Die Pflege von Kindern mit besonderen Bedürfnissen bzw. älteren Familienmitgliedern führt häufig zu finanziellen Engpässen und zu einer Lücke in den Pensionszeiten. Hinzu kommt, dass diese Form der Pflege meist langfristig ist und der Pflegeaufwand im Laufe der Zeit steigt.

In Anlehnung an das burgenländische Pflegekonzept fordern wir eine finanzielle und pensionsrechtliche Absicherung der pflegenden Person. Diese soll – je nach Höhe der Pflegestufe – ein gestaffeltes Gehalt mit Sozialversicherungsbeiträgen beziehen. Die pflegebedürftige Person soll dabei einen Teil der Pension und des Pflegegeldes hierfür aufwenden. Der restliche Betrag soll von der Stadt Wien übernommen werden.

**Wie stehen Sie zu dieser Forderung bzw. welche alternativen Lösungsvorschläge gibt es von Ihrer Seite?**

*So wie wir es für Kindererziehungszeiten fordern, wollen wir auch das Pflegezeiten voll an die Pension angerechnet werden. Niemanden darf ein finanzieller Nachteil entstehen, weil er sich um einen pflegebedürftigen Familienangehörigen kümmert.*

*Daher treten wir auch dafür ein, dass eine pflegende Person ein marktübliches Gehalt bekommt, welches staatlich finanziert wird.*

*Zudem muss der Pflegenotstand beendet werden. Hierfür fordern wir die Einführung eigener Lehrberufe im Pflegebereich.*

Die institutionelle Kinderbetreuung ist aus dem familiären Alltag nicht mehr wegzudenken und unterstützt Eltern bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Daher ist es umso wichtiger, dass diese Betreuung an den Bedürfnissen der Kinder und Familien ausgerichtet ist, Kinder altersgerecht fördert und flexibel auf die Anforderungen der Familie reagiert.

Wir fordern eine umfassende Reformierung der institutionellen Kinderbetreuung auf verschiedenen

Ebenen:

Verbesserter Betreuungsschlüssel; mehr ausgebildete PädagogInnen pro Gruppe sowie kleinere Gruppen – je jünger die Kinder desto mehr Personal und desto kleiner die Gruppen  
Sprachliche Durchmischung von Gruppen bzw. Klassen jedoch Umgangssprache Deutsch  
Ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr für jene Kinder, die es benötigen

## **Ausbau und Förderung der Tagesmütter/-väter als familienähnliche Struktur in der Kleinkindbetreuung**

**Wie sehen Ihre Pläne für eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung von der Krippe bis zum Schulalter aus?**

**Welche der von uns genannten Forderungen können in den nächsten 5 Jahren umgesetzt werden?**

Es ist essentiell einen verbesserten Betreuungsschlüssel zu erreichen.

Hierzu benötigt es zunächst auch genügend pädagogisches Personal. Das heißt es müssen ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen. Nur dann kann erreicht werden, dass Kinder in kleineren Gruppen betreut werden und individuell auf die Bedürfnisse eingegangen werden kann.

Wir fordern zudem einen Ausbau und eine Förderung der Tagesmütter/-väter.

Im Schulunterricht fordern wir, dass tadellose Deutschkenntnisse eine zwingende Voraussetzung sind, um am Regelunterricht teilnehmen zu dürfen. Es braucht zudem Deutsch auch als verpflichtende Pausen- und Umgangssprache.

Wir treten für ein leistungsorientiertes und differenziertes Schulsystem mit einem für Schüler und Eltern nachvollziehbaren Notensystem ein.

Jeder der von Ihnen genannten Punkte wäre innerhalb von 5 Jahren umsetzbar, wenn die politischen Mehrheiten gegeben sind. Es ist unser Anspruch, dass wir unsere Standpunkte im Falle einer Regierungsbeteiligung auch in die Tat umsetzen.

**Bei der schulischen Nachmittagsbetreuung fordern wir flächendeckend eine Wahlfreiheit für unterschiedliche Betreuungsformen sowie Kostenfreiheit bis 15:30. Die Wahl der schulischen Nachmittagsbetreuung darf weder vom Einkommen der Eltern noch vom Wohnort abhängen. Im Falle einer Änderung der Betreuungsform an einer Schule muss es für Eltern möglich sein, mitzubestimmen. Alle Formen der schulischen Nachmittagsbetreuung (Hort, offene VS, verschränkte**

**VS) müssen über die notwendigen Mittel verfügen, um Schulkinder entsprechend zu betreuen und zu fördern.**

**Wie stellen Sie in den kommenden Jahren eine Kostengerechtigkeit für alle Familien sicher?**

*Die finanzielle Situation einer Familie darf nicht über die Betreuungs- und Ausbildungsmöglichkeiten der Kinder entscheiden. Es braucht ein breites und flächendeckendes Angebot unterschiedlicher schulischer Betreuung, wo sich jede Familie frei entscheiden kann, welche Option für sie geeignet ist. Finanziell benachteiligte Familien und allen voran Alleinerziehende müssen entsprechende finanzielle Hilfen erhalten, damit auch für sie eine Nachmittagsbetreuung möglich ist.*

**Wie werden künftig Eltern bei diesen Entscheidungen miteinbezogen?**

*Eltern sollen mit ihren Kindern frei entscheiden dürfen, welche Betreuungsmöglichkeit sie wählen. Eine verpflichtende Ganztagschule lehnen wir ab.*

**Wie wird die Qualität der Betreuung und Förderung von Schulkindern sichergestellt?**

Entscheidend ist, dass weiterhin eine individuelle Betreuung und Ausbildung beibehalten wird.

Eine verpflichtende Gesamtschule lehnen wir ab. Es muss auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Kinder eingegangen werden. Dazu benötigt es ausreichend gut ausgebildetes Personal, dass durch ein breites Angebot an Ausbildungsplätzen sichergestellt werden muss.

**Das politische Klima ist in letzter Zeit sehr rau geworden. Politische Inhalte treten rasch in den Hintergrund und gemeinsame Anliegen bleiben auf der Strecke. Im Sinne der Familien wünschen wir**

**uns ein „Miteinander“ statt einem „Gegeneinander“.**

***Welche familienpolitischen Maßnahmen und Forderungen anderer Parteien finden Sie unterstützenswert?***

Wir freuen uns, dass wir während unsere Regierungsbeteiligung auf Bundesebene die Deutschförderklassen gemeinsam mit der ÖVP umsetzen konnten.

**Die Sonntagsöffnung im Handel ist seit Jahren ein Thema. Auch wenn in einem ersten Schritt „nur“ in**

**Tourismuszonen die Sonntagsöffnung angedacht ist, fürchten wir eine Ausweitung auf Einkaufszentren und weitere Einkaufsstraßen. Gemeinsames Familienleben und Erholung bleiben auf**

**der Strecke.**

**Wir fordern eine Beibehaltung der Sonntagsruhe im Handel.**

***Wie stellen Sie sicher, dass in Zukunft die Geschäfte am Sonntag geschlossen bleiben?***

Wir sind gegen eine Sonntags-Öffnung und werden Anträge in diese Richtung auch in Zukunft ablehnen.